

EINFÜHRUNG

GERHARD HIRSCHER || Im Jahr 2015 jährte sich zum 25. Mal die staatsrechtliche Wiedervereinigung, der Beitritt der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Das Ende der Sowjetunion und des kommunistischen Blocks läuteten eine neue Ära europäischer Geschichte und Weltgeschichte ein. Die Jahre danach haben Europa eine Zeit des Friedens und des Wohlstandes gebracht, aber das „Ende der Geschichte“ ist nicht eingetreten. Die europäische und internationale Politik muss vielfältige neue Herausforderungen bewältigen, die diese Friedensordnung gefährden können. Ergeben sich manche dieser neuen Herausforderungen aus alten Problemstrukturen, die in unsere Gegenwart hinein weiter wirken?

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zerfall des Sowjetimperiums sind mittlerweile ein Teil der jüngeren Geschichte. Alle heutigen Jugendlichen, ja sogar alle neuen Universitäts- und Hochschulabsolventen haben das geteilte Deutschland nicht mehr erlebt. Ende 2014 wurde der Fall der Mauer, 2015 die Wiedervereinigung Deutschlands in zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen gefeiert. Ein Vierteljahrhundert ist historisch eine kurze, in menschlichen Dimensionen aber lange Zeit. Zu Beginn des Jahres 2016 inmitten einer europäischen Flüchtlingskrise ungeahnten Ausmaßes und ungewissen Ausgangs erscheinen diese Jubiläen noch weiter weg zu sein. Die alten Akteure sind verschwunden, aber sind auch die alten Denkmuster und Strukturen endgültig passé? Es scheint durchaus eine Überlegung wert zu sein, beim Rückblick zu fragen, ob etwas geblieben ist.

In diesem Band soll genau dies anhand ausgewählter Beispiele versucht werden. Natürlich spielen die Herrschaftsmethoden der DDR-Diktatur heute in unserem Land keine Rolle mehr, wie Steffen Alisch erläutert. Aber vom Herrschaftsapparat der DDR hat sich nicht wenig erhalten – vor allem in Gestalt von Personal (aktiv oder verrentet) im öffentlichen Dienst der neuen Länder. Auch die Struktur im Medienbereich oder im Agrarsektor lässt die eine oder andere Wurzel in der DDR erkennen. Gewiss ist

die Gefahr der Wiederrichtung einer kommunistischen Diktatur in Deutschland praktisch nicht vorhanden, aber die Unterschiede in den Mentalitäten und in der Haltung zur parlamentarischen Demokratie sind zwischen Ost und West immer noch klar erkennbar. Dort lauern zumindest potenziell Gefahren, die durch alte wie neue antidemokratische Kräfte mobilisiert werden könnten.

In den Jahren nach 1989/90 bot sich die einmalige Chance, die Herrschaft des Kommunismus nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dies ist in Deutschland, wie Uwe Backes darlegt, im Gegensatz zu einigen anderen Ländern auch insgesamt gut gelungen. Besonders ergiebig scheinen dabei Ansätze der Totalitarismusforschung zu sein, die die Analyse kommunistischer Herrschaft in einen Kontext totalitärer Herrschaft stellt, die auch andere Diktaturformen mit einbezieht. Dabei kommt dem Vergleich zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus ein besonderer Stellenwert zu. Es gibt dabei viel zu lernen: auf der einen Seite die Relevanz von Detailstudien, die die Reichweite (und auch die Grenzen) totalitärer Herrschaft beschreiben, auf der anderen Seite die Notwendigkeit komparativer Analysen, die allgemeine Strukturen von Diktaturen aufzeigen. Der Kommunismus als Herrschaftsform des sowjetischen Imperiums ist verschwunden, die Diktatur an sich aber nicht.

Selbst das Bild der Diktatur kann schillernd sein, wie Udo Baron anhand des DDR-Bilds bei Linksextremisten aufzeigt. Das Spektrum reicht dabei von DDR-Nostalgie, die insbesondere für die Klientel der PDS und später der Linken wichtig war, bis hin zu offenem Geschichtsrevisionismus bei linksextremistischen Gruppierungen. Dies könnte man als Spinnerei kleiner Minderheiten abtun, wenn nicht darin eine latente Gefahr läge: Darin kann immer ein Ansatz zur Verharmlosung der Diktatur und der Verhöhnung der Opfer sein. Zusätzlich kann hier die Wurzel für eine Neu-Legitimierung sozialistischer und kommunistischer Diktaturmodelle liegen. Dies muss jeden Demokraten zur Vorsicht mahnen.

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte. Dies betont auch Eckhard Jesse in seinem Artikel. Aber man darf die Augen nicht davor verschließen, dass es weiterhin Unterschiede zwischen Ost und West gibt. In vielen ökonomischen Daten zeigt sich der Fortschritt. Aber die SED-Diktatur wirkte nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich nach. Zwar ist die Abwanderung gestoppt und die Einkommen weisen nur noch eine geringe Differenz auf, aber die Arbeitslosigkeit ist höher und die Produktivität im Osten erreicht nach wie vor nur zwei Drittel der des Westens. Angesichts der immensen Transferzahlungen werden die Grenzen von Integration und Anpassung selbst innerhalb eines Nationalstaates deutlich. Die Flüchtlingsströme treffen in diesen Monaten auf ein in manchen Bereichen noch unvollständig vereinigtes Deutschland – was gerade die Reaktion auf die Zuwanderung im Osten zeigt.

Eine weitere Bruchlinie zeigt sich im Verhältnis zu Russland. Rudolf van Hüllen argumentiert, dass es insbesondere bei den Linken – aber wohl nicht nur dort – heute wieder die Tendenz gibt, die aggressive Politik Russlands zu verharmlosen und Verständnis für die „Realitäten“ in Europa zu wecken. Der „Putinismus“ ist für eine linke Partei auf den ersten Blick überraschend, da es sich bei dessen Regierung ja kaum um eine linke Regierung handelt. Aber auf der anderen Seite dient die Unterstützung für ihn gerade bei dieser Partei und wohl vorwiegend in Ostdeutschland dazu, klassische antiwestliche Ressentiments zu bedienen und

neu zu beleben. Offenbar ist diese Strömung in Teilen der deutschen Identität – allerdings im Osten wie im Westen – nach wie vor verankert. Dass dazu Russland als Identifikationsobjekt dient, ist erstaunlich, wurden doch – so Hannes Adomeit – klassische Strukturelemente der Sowjetunion in das „System Putin“ wieder eingeführt. Die Diagnose ist bedrückend, wenn man etwa an die Entwicklung der Marktwirtschaft und der Zivilgesellschaft oder das Anwachsen anti-westlicher Ressentiments denkt. Die Sowjetunion ist tot und wird nicht zurückkehren, aber eine westliche Demokratie ist aus Russland bislang auch nicht geworden. Unklar ist, ob der Putinismus sich noch verändert und wohin sich Russland mittelfristig entwickelt. Noch spannender ist die Frage, inwieweit es Deutschland beeinflusst – ein vereintes Deutschland, das angesichts drohender Integrationsprobleme durch anhaltenden Flüchtlingszustrom in Teilen sich wieder stärker an Russland orientiert. Eine stärkere Westorientierung Russlands ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

|| DR. GERHARD HIRSCHER

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München